

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 628

Mittwoch, 22. März 2017

24. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Über 40 Mädchen in einem staatlichen Kinderheim qualvoll verbrannt.....	1
Gleichberechtigung der Frauen in der sich verändernden Arbeitswelt bis 2030.....	3
ILO evaluiert Guatemala erneut.....	4
Carlos Vielmann wurde in Spanien freigesprochen.....	4
Biopsia / März 2017 von Diana Vasquez:.....	6
Staatlicher Femizid.....	6
Berichtigung.....	6

Über 40 Mädchen in einem staatlichen Kinderheim qualvoll verbrannt

Guatemala, 8. - 15. März - Die Fassungslosigkeit in der guatemaltekischen Gesellschaft dauert auch eine Woche nach dem Brand in einem staatlichen Kinderheim namens "Hogar Seguro - Virgen de la Asunción" (Sicherer Ort - Jungfrau der Auferstehung) in San José Pinula an, bei dem mehr als 40 Mädchen qualvoll verbrannten. Das Kinderheim stand in Verantwortung des Sekretariats für Soziale Wohlfahrt im Präsidentialamt, was den Vorgang politisch brisant macht. Die Vorwürfe über systematische Misshandlungen, gar Vergewaltigungen reissen nicht ab und werfen ein bizarres Licht auf den mangelnden Schutz des Kinderwohls in Guatemala. Der folgende Artikel ist aus mehreren Meldungen der Nachrichtenagentur Cerigua zusammengesetzt und fassen das Geschehen und ihre Vorgeschichte und die Reaktionen in Politik und Gesellschaft zusammen. Auch unsere guatemaltekische Kolumnistin, Diana Vasquez, kommentiert in ihrer Biopsia den Vorfall.

Was passiert ist

Am 8. März 2017 wurden mindestens 39 Mädchen im Heim Virgen de la Asunción in San José Pinula, Departement Guatemala getötet, als ein Feuer ausbrach, nachdem einige Heranwachsende, die ausgebrochen waren, wieder eingefangen wurden. Als sie eingesperrt wurden, protestierten die Insassinnen gegen die Menschenrechtsverletzungen und mutmasslichen sexuellen und physischen Misshandlungen und setzten ihre Betten in Brand. Ein Nachbar hörte drei oder vier Mädchen nach Hilfe beim Selbstmord schreien: "Bitte gebt uns Pillen, ein Messer oder irgendetwas! Wir wollen nicht mehr hier leben!" Zwei Mädchen, die flohen, hörten Schreie: "Wir werden uns opfern, damit jeder erfährt, wie wir hier leben mussten!"

Das Heim steht unter der Verantwortung des Sekretariats für Soziale Wohlfahrt des Präsidentialamtes (SBS) und beherbergte etwa 800 Minderjährige, obwohl es nur für 400 Personen vorgesehen ist. Die Kinder und Jugendlichen wurden in verschiedenen Gebäudeflügeln untergebracht, vernachlässigte Kinder, behinderte Kinder, schwangere Heranwachsende und Jugendliche, die eine Strafe wegen einer Gesetzeswidrigkeit abgeleistet hatten und auf eine Adoptivfamilie hofften.

Schon seit Monaten mehrten sich die Klagen über Misshandlungen der Heranwachsenden, die in dem Zentrum lebten. Um 14 Uhr am Dienstag (7. März) berichteten Medien, dass eine Gruppe von 85 Jugendlichen das Wachpersonal bedrohten, die Türen aufstießen. Eine Mehrheit von ihnen schaffte es, auszubrechen. In diesem Moment griff die Polizei (PNC) ein und brachte eine grosse Zahl von ihnen wieder ins Heim zurück - mit Ausnahme von 19 Personen, die einen Notruf des Kinderschutzes aktivierten. Fünf Stunden lang wurde geredet, aber die Jugendlichen warfen weiterhin Steine

und Glasscherben. Einige PolizeibeamtInnen wurden verletzt, aber bis zum Tagesanbruch unterwarfen sie die DemonstrantInnen und konfiszierten die als Waffen genutzte Glasscherben, die sie in den Haaren und Kleidung versteckten. Der Sekretär der SBS, Carlos Antonio Rodas, trat an einen Friedensrichter mit dem Antrag heran, die AufrührerInnen in Haftzentren zu überführen, aber dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Verantwortlichen glaubten, dass die Revolte damit beendet sei, aber die Gruppe der Mädchen hatte einen Plan, der zur Katastrophe wurde.

Nach den ersten Hypothesen wurde am Mittwoch, den 8. März um 9 Uhr ein Brand in einem der Räume des Heims gemeldet, den Jugendliche mit Streichhölzern angefacht haben sollen, um die Matratzen, auf denen sie schliefen, anzuzünden. Die Flammen breiteten sich aus und die Minderjährigen hatten keine Fluchtmöglichkeiten. Tatsächlich hatte eine Polizistin die Schlüssel zu dem Raum, in dem die Mädchen eingeschlossen waren, sie war jedoch auf der Toilette, als das Feuer ausbrach. So berichtete es ein anonymes Zeuge gegenüber Prensa Libre (17.03.).

Die Behörden erklärten, dass 19 innerhalb des Heims und sieben weitere in den Gesundheitsstationen starben (Zahlen, die sich später erhöhten). 23 Personen hätten schwerste Verbrennungen erlitten. Das Büro des Menschenrechtsombudsmanns (PDH) bestätigte, dass neun Heranwachsende, die nach dem Brand in ein Heim in Quetzaltenango verlegt wurden, schwanger waren. Zudem wurden vier weitere Minderjährige in regionale Krankenhäuser im Westen des Landes gebracht, wo ihnen und ihren Babys gute Gesundheit bescheinigt wurde. Am Samstag morgen (11.03.) wurde der Tod einer Jugendlichen bestätigt, die in das Hospital Roosevelt gebracht worden war. Die Leitung dieses Krankenhauses gab bekannt, dass von 22 Eingelieferten fünf entlassen werden konnten, acht gestorben seien, vier weitere beatmet werden müssten, fünf stabil seien. Insgesamt seien bis dato 40 Tote zu beklagen. Laut Aussagen des Mitarbeiters des Forensischen Instituts (inacif), Jorge Cabrera gegenüber der Zeitung "El Periodico" (17.03.) seien 19 Mädchen erstickt und 21 an den Verbrennungen gestorben.

Vorgeschichte

Am Tag vor dem Brand waren mindestens 60 Heranwachsende aus dem Heim geflohen, um den Schlägen, Schikanen und sexuellen Missbräuchen, die sie regelmässig ertragen mussten, zu entfliehen. Ein letzter grösserer Fluchtversuch fand im Oktober 2016 statt, als 47 Jugendliche geflohen waren. Mareny Mérida, damals Sekretärin der SBS, versicherte, dass die Minderjährigen möglicherweise von der Organisierten Kriminalität benutzt worden seien. Sie konnte freilich keinerlei Beweise für diese Aussage liefern. Am 4. November wurde der Direktor des Heims wegen der Flucht suspendiert. Sein Nachfolger, Santos Torres, wurde nun entlassen. Im Dezember 2016 wurde eine Erklärung veröffentlicht, nach der das Haus nach und nach geschlossen werden solle, allerdings legten die Behörden Berufung gegen diese Entscheidung ein. Um dies zu rechtfertigen, erklärte Rodas, dass die Akte von der Existenz eines Raumes spricht, der "Der Hühnerstall" genannt wurde und in dem möglicherweise die Schikanen und Misshandlungen an den Mädchen und jungen Frauen begangen worden sind. "Wir mussten gegen diese Entscheidung Berufung einlegen, weil deren Akzeptanz die Anerkennung der Existenz dieses Raumes bedeutet hätte", erinnerte sich der Sekretär. Zugleich wies er darauf hin, dass die Behörden daran arbeiteten, eine Rotation des Personals und eine Neuordnung der Zentren durchzusetzen.

Am 31. Januar 2017 hatte die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) über deren Menschenrechtskommission (CIDH) bei den guatemaltekischen Behörden Informationen über den Zustand des Pflegeheims angefragt, in dem nun mehr als 40 Mädchen starben. Die spanische Tageszeitung *El País* berichtete, dass die Kommission die Regierung Morales aufforderte, Massnahmen zu ergreifen, um das Leben der Kinder zu schützen und zu garantieren, dass sie Zugang zu Ärzten haben. Die guatemaltekische Regierung hatte noch keine Antwort präsentiert. Die Kommission erinnerte daran, dass man auch Informationen bezüglich der Anzeigen des Menschenhandels erbitten hatte, aber auch da erhielt man innerhalb der zweiwöchigen Frist keinerlei Antwort.

Viele Organisationen hatten bereits auf die gefährliche Lage der dort eingesperrten Mädchen hingewiesen, die OAS ist allerdings der erste internationale Organismus, die dies tat. Die Anfrage der CIDH über Schutzmassnahmen zum Schutz der dort mutmasslich bedrohten Kinder geht auf Hinweise des Büros des Menschenrechtsombudsmanns (PDH) zurück, welches bereits am 11. November 2016 über die Zustände in dem Heim besorgt war. Der Unwille der Regierung dieser Forderung nachzukommen, führte dazu, dass die Kommission beim Menschenrechtsrat im Präsidialamt (COPREDEH) diesbezüglich anfragte, aber auch hier keinerlei Antwort erhielt.

Die Schutzmassnahmen, die nach den Regeln der CIDH sofort bei „schwerwiegenden und dringenden Situationen, die unreparierbare Verletzungen der Menschenrechte provozieren“, eingesetzt werden, wurden letztendlich am 13. März umgesetzt – fünf Tage nachdem mehr als 40 Mädchen ein tragisches Schicksal erleiden mussten. Die CIDH forderte die Regierung auf, die Bedingungen zu prüfen, unter denen die Minderjährigen leben und ob sie den internationalen Standards entsprächen. Ebenso solle die Reintegration der Kinder in ihre Familien eingeleitet werden.

Reaktion des Präsidenten

In einer Pressekonferenz wurde der Präsident gefragt, ob er angesichts der Vorkommnisse und entsprechender Forderungen aus verschiedenen Sektoren der Gesellschaft zurücktreten würde. Er antwortete: "Dies ist nicht der Moment für einen Rücktritt, sondern über eine Verpflichtung zu sprechen. Es ist der Moment nach vorne und nicht zurück zu blicken." Allerdings hat er die gesamte Hierarchie im SBS entlassen, auch Anahí Keller, die für den Schutz und die Aufnahme von Kindern zuständig war. Der Direktor des Heims, Santos Torres, war der erste, der unmittelbar nach der Tragödie entlassen wurde.

In einem Interview mit CNN am Samstag (11.03.) wurde Jimmy Morales von dem Journalisten Fernando del Rincón

gefragt, ob die Ereignisse nicht Ausdruck dessen sei, dass der Staat den Schutz von Kindern nicht garantieren könne. Der Präsident antwortete nur, dass das System reformiert werden müsse. Über die Ereignisse in dem Heim sagte er, dass in der Nacht vor dem Brand, als es zu dem Meutereiversuch kam, entschieden wurde, die Minderjährigen nach Geschlechtern zu trennen und danach, wer mit dem Gesetz in Konflikt gestanden habe. Der Journalist beharrte darauf, dass sie in dem Moment des Unglücks unter Verschluss gehalten worden waren, ein Umstand, den Präsident Morales nicht kommentieren wollte, da die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen seien.

Beginnende juristische Aufarbeitung

Die Staatsanwaltschaft (MP) informierte derweil die Öffentlichkeit darüber, dass sie den Sekretär der SBS, Rodas, und eine Stellvertreterin, Anahí Keller, ebenso festgenommen habe wie den ex-Direktor des Heimes, Santos Torres. Ihnen werden die Delikte der fahrlässigen Tötung, der Vernachlässigung der Fürsorgepflicht und der Misshandlung von Minderjährigen vorgeworfen. Die MP hat insgesamt 374 forensische Gutachten in Auftrag gegeben.

Von Seiten von Nineth Montenegro, Fraktionsvorsitzende von Encuentro por Guatemala (EG) liegt inzwischen eine Anzeige wegen Aufsichtspflichtverletzung gegen die Generalprokuratur der Nation (PGN) und ihre Leiterin Gladys Anabella Morfin Mansila, sowie gegen die Friedensrichterin Rocio Murillo aus San José Pinula vor.

Reaktionen aus der Zivilgesellschaft

Viele Menschenrechtsorganisationen in Guatemala sind der Ansicht, dass der Tod von mehr als 40 Mädchen beim Brand in dem Heim "Virgen de la Asunción" kein Unfall gewesen sei, sondern ein kollektiver Femizid, begangen durch den Staat. Der Tod der Mädchen sei nur das letzte Glied einer langen Kette der Gewalt, der viele in solchen Heimen ausgesetzt seien: fortgesetzte physische Misshandlungen, sexueller Missbrauch, Schwangerschaften und erzwungene Abtreibungen, tägliche Belästigungen bis hin zum Zwangsmittel, sich auszuziehen oder das Essen mit Würmern zu versetzen. Letzteres habe viele in ein Stadium der chronischen Unterernährung geführt. Daneben seien doppelt so viele Insassen in dem Heim untergebracht gewesen als Kapazität vorhanden war, was das Leben dort unerträglich machte. Die Opfer, die am Tage zuvor zu fliehen suchten und von den HeimleiterInnen wieder eingefangen und zurückgebracht worden waren, wurden in einem Saal eingesperrt, den niemand öffnete, als das Feuer brannte.

Gleichberechtigung der Frauen in der sich verändernden Arbeitswelt bis 2030

Guatemala, 8. März - Der guatemalteckische Zweig der internationalen Nicht-Regierungsorganisation "Stopp Kinderprostitution, Kinderpornographie und Kinderhandel aus sexuellen Motiven" (ECPAT) erklärte, dass sie sich anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März versammle, um das diesjährige Schwerpunktthema der UN "Die Frauen in der veränderten Arbeitswelt: Hin zu einem gleichberechtigten Planeten bis 2030" zu unterstützen. Dabei gehe es um die Gleichberechtigung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Im Rahmen der Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung soll die Gleichberechtigung der Geschlechter verfolgt werden und alle Frauen und Kinder gestärkt werden. Daneben solle ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und ein anständiges Leben für alle Menschen erzielt werden.

In Guatemala sei die Perspektive für Frauen gleich geblieben oder gar entmutigender geworden. Und das obwohl in der vergangenen Dekade die Integration der Frauen in verschiedene Arbeitssektoren verbessert wurde. Das liegt daran, dass diese Integration sich vor allem auf den informellen Sektor bezog und daher die Arbeitsrechte und Löhne im Vergleich der Männer nicht angeglichen werden konnten. Selbst wenn die Arbeitslosenzahlen nicht so hoch wie in anderen Ländern der Erde seien, profitieren die Beschäftigten im informellen Sektor und ihre Familien nicht ausreichend davon. In aller Regel liegen deren Löhne unterhalb des Mindestlohns und sind daher nicht ausreichend, um die aller notwendigsten Grundbedürfnisse zu befriedigen. Das ist eine der Gründe, warum mehr als die Hälfte der Bevölkerung (59 %) in Armut leben. Die Armut und der mangelnde Zugang zu Ressourcen sorgt dafür, dass viele Kinder, Jugendliche und Frauen emigrieren, um Arbeit zu finden. Das liefert sie schutzlos den Schleppernetzwerken aus oder führt dazu, dass sie auch Arbeit unter den allerschlechtesten Bedingungen annehmen, sagt ECPAT weiter.

Der Sektor, in dem die meisten Kinder und Frauen arbeiten, ist die Haushaltsarbeit. Die Bedingungen dort sind in ihrer grossen Mehrheit armselig. Es wird geschätzt, dass in Guatemala mindestens 250.000 Frauen in den Haushalten arbeiten: 16 Stunden am Tag, 26 Tage im Monat und mit einem Gehalt von 1.000 Quetzales (123,46 €) oder weniger pro Monat. Die meisten Frauen sind Angehörige indigener Völker, was den Sektor vielfach zu einem besonders diskriminierenden Arbeitsplatz macht.

Ein anderer Sektor, der zur Verarmung der Kinder und Frauen beiträgt, ist der Verkauf von Tortillas: die Kinder und Jugendlichen, die wir täglich sehen, wenn sie Tortillas verkaufen, arbeiten von 5 Uhr früh bis 10 und 11 Uhr nachts, ohne Sozialleistungen und manchmal sogar ohne Lohn. Es wurden Fälle ermittelt, in denen die MädchenverkäuferInnen mit falschen Versprechungen verleitet wurden, zu emigrieren und zu Sklavenarbeit verpflichtet wurden. Das traurige daran ist, dass die Mädchen diese Umstände als normal ansehen, weil in der Gesellschaft das Vorurteil besteht, dass Beschäftigungen im Haushalt Frauensache seien.

Zusammenfassend kommt ECPAT zum Schluss, dass die Gründe für die Armut der Frauen vielfältig sind. Der fehlende Zugang zu Ressourcen und das Fehlen von klaren Arbeitsgesetzen sind die grössten Hindernisse auf dem Weg zu einer

Gleichberechtigung der Frauen und einem Zugang zu würdevollen Arbeitsbedingungen. Daher sei zum einen notwendig, die Kultur des Machismo und der Menschenfeindlichkeit zu verändern, zum anderen müsse der politische Willen gestärkt werden, die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Empowerment der Frauen zu fördern. Und zum dritten sei die Gesetzgebung einer der entscheidenden Faktoren im Kampf um die Würde der Frauen. Sie beinhaltet ein Ende der Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht und Ethnie, die Förderung der Teilhabe der Frauen in den Entscheidungsräumen und die Bekämpfung der Gewalt, schliesst das Papier von ECPAT (Cerigua)

ILO evaluiert Guatemala erneut

Guatemala, 14. März - Aktuell läuft eine Klage gegen Guatemala wegen Nichterfüllung des Übereinkommens 87 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, engl.). Dieses Übereinkommen betrifft die Gewerkschaftsfreiheit. Die ILO hatte bereits einen Bericht veröffentlicht, in dem die Fortschritte nach den Angaben der ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und Regierung aufgezeigt wurden. Der Bericht basierte auf einheitlichen Indikatoren, die dazu führten, dass die ILO ihre Drohung, eine Untersuchungskommission ins Land zu schicken, zurücknahm. Die Gewerkschaften allerdings bestehen auf eine eben solche Kommission aufgrund der „systematischen Verletzung“ des Übereinkommens 87 und der Nichtexistenz von Bedingungen, die in Guatemala das freie Recht zur Ausübung der Gewerkschaftsfreiheit garantieren. Gemäss dem Gewerkschaftssektor wurden weder Reformen verabschiedet, die Ermordungen von GewerkschaftlerInnen aufgeklärt, Kampagnen zur Sensibilisierung zum Recht auf Vereinigung in Gewerkschaften durchgeführt, noch konkrete Massnahmen unternommen, die die Arbeitsrechte nach ILO sichern.

Auf Regierungs- und Unternehmerseite ist man da optimistischer und man glaubt, dass Fortschritte erzielt worden seien. Der grösste UnternehmerInnenverband (CACIF) gratulierte den RepräsentantInnen der ILO zu ihrer Arbeit in Guatemala. Die CACIF ist der Meinung, dass man nicht nur den definierten Vorgaben folgen sollte, sondern „einen permanenten sozialen Dialog institutionalisieren müsse“.

Der Vize-Arbeitsminister José Guillermo Gándara erklärte bezüglich der erneuten Klage, über die Ende des Monats entschieden wird, dass man nicht erahnen könne, wie die Entscheidung lauten werde, aber man könne konkrete Vorschläge für Abkommen zwischen den verschiedenen Parteien machen, wie zum Beispiel die Initiative, die versuche, den Sanktionscharakter der Arbeitsgeneralinspektion wieder zum Leben zu erwecken. Eine der wichtigsten Forderungen der ExpertInnen der ILO ist, dass man den Arbeitscode abändere, um die nationale Gesetzgebung mit dem Übereinkommen der Gewerkschaftsfreiheit, das Guatemala ratifizierte, zu harmonisieren. Eine derartige Initiative liegt dem Kongress bereits vor, wurde aber noch nicht in die Agenda aufgenommen. Ausserdem herrsche zwischen den ArbeiterInnen und den ArbeitgeberInnen noch keine Einigkeit. Gemäss einem ILO-Bericht vom Februar wurden Mängel kritisiert. Die Klage der GewerkschaftsvertreterInnen stammt aus dem Jahr 2012. Allerdings, so erinnert sich Óscar Valverde, Spezialist für ILO-Fragen, hat die ILO schon sei dem Jahr 2000 und auch schon vorher das Land zur Situation der Gewerkschaftsfreiheit beobachtet. Dabei geht es um Sicherheitsfragen für GewerkschaftlerInnen, Probleme bei dem Gewerkschaftsregistern, bei der Arbeitsgesetzgebung und beim System des Arbeitsrechts. Einige dieser Punkte wurden gelöst, andere stehen noch auf der Liste der Dinge, die vereinbart wurden, um die Untersuchungskommission zu vermeiden. (EP)

Carlos Vielmann wurde in Spanien freigesprochen

Guatemala 15. März - Der ehemalige Innenminister Guatemalas, Carlos Vielmann, wurde von einem spanischen Gericht vom Vorwurf des Mordes von zehn Häftlingen während seiner Amtszeit unter Präsident Óscar Berger (2004 – 2008) freigesprochen. Das berichtete die Tageszeitung El País. Demnach hatte die Staatsanwaltschaft eine Strafe von 160 Jahren Haft wegen achtfachen Mordes und einer Geldstrafe von 30.000 Euro pro Verstorbenen beantragt, während die NebenklägerInnen eine Haftstrafe von 300 Jahren wegen zehnfachen Verbrechens gegen die Menschheit verlangte.

Das Urteil der Zweiten Strafkammer unter Leitung des Richters Juan Pablo González wurde mit einer Gegenstimme gefällt und damit begründet, dass in Bezug auf die Flucht aus dem Hochsicherheitstrakt von El Infienrito im Oktober 2005 nicht nachgewiesen werden konnte, dass Vielmann Kenntnisse über die wirkliche Umstände hatte, die zur Verhaftung und Tötung der Geflüchteten geführt haben. Die RichterInnen untersuchten zugleich die Operation "Plan Operativo Pavo Real" der Sicherheitskräfte zur Rückeroberung des Gefängnis Pavón, die am 25. September 2006 durchgeführt wurde und mit dem Tod von Internierten durch Schüsse von PolizeibeamtInnen und anderen MitarbeiterInnen endete, gegen die in dem Fall kein Prozess geführt wurde. Die RichterInnen gehen davon aus, dass weder nachweisbar sei, ob Vielmann" an der Exekution der Inhaftierten teilgenommen habe, noch ob er sie angeordnet oder autorisiert oder seine Hilfe oder Stillschweigen angeboten habe, noch ob er davon gewusst habe oder ob es Anhaltspunkte dafür gebe, dass er das, was geschehen war, gewusst oder vorausgesehen habe."

Laut El País habe das Gericht hinzugefügt, dass "die Existenz einer hierarchischen Befehlskette in Bezug auf die Täter eines Verbrechens nicht notwendigerweise bedeute, dass der in der Hierarchie höher Stehende Verhaltensweisen der un-

tergeordneten anordne, autorisiere oder darüber Bescheid wisse. Wenn dem so wäre, müsste man annehmen, dass jedes Mitglied des Sicherheitskabinetts, das der Operation zur Rückeroberung des Haftzentrums zugestimmt habe (inklusive des Präsidenten und des Vizepräsidenten), für die verbrecherischen Vorkommnisse während der Operation genauso verantwortlich sein würden, wie der Innenminister, denn die Beziehungen aus Hierarchie und Unterordnung wie auch die des Vertrauens seien identischen Charakters." Das Gericht lehnte auch die These der NebenklägerInnen ab, dass die Geschehnisse den Straftatbestand des Verbrechens gegen die Menschheit erfülle. Ein solches Argument impliziere, dass es sich dabei um einen Akt der "sozialen Reinigung handeln würde und das Geschehen Teil eines systematischen Angriffs gewesen sei, was in der Beweisaufnahme nicht bestätigt werden konnte. Zwar erkennen wir die Schwere der Vergehen an, aber sie erscheinen uns unabhängig voneinander zu sein und von einer gehörigen Portion Improvisation geleitet."

Diesem Argumentationsstrang folgend, beharrten die RichterInnen darauf, dass das Verbrechen weder im Kontext einer institutionalisierten Regierungspolitik der Unterdrückung einer bestimmten Gruppe begangen wurde, noch die Opfer aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe bzw. zu einem Kollektiv auf Basis von Gesetzen verfolgt wurden. Die Motive für die Morde könnten unterschiedlich sein, sagten die RichterInnen weiter: Auch wirtschaftliche Gründe oder das Vorhandensein personaler Feindschaft könne nicht ausgeschlossen werden. "Es gibt nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, dass ein Plan der Regierung existiert habe, der auf die physische Eliminierung ziele".

Die Gegenstimme im Urteil kam von Richter José Ricardo de Prada, der seine Meinung wie folgt argumentierte: Er wies darauf hin, dass seiner Ansicht nach Vielmann zu den von der Staatsanwaltschaft geforderten 160 Jahren Haft hätte verurteilt werden müssen. Der Richter hält die Beweise, weit entfernt von vernünftigen Zweifeln, für gegeben, dass der Angeklagte an dem Delikt der aussergerichtlichen Hinrichtung von zehn Gefängnisinsassen beteiligt gewesen sei, eine Aktion, die direkt von einer parallelen Polizeistruktur verübt worden sei, die von dessen engsten MitarbeiterInnen gebildet wurde. Es sei wenig wahrscheinlich, dass der Angeklagte nicht über das Geschehen in einer abgeschlossenen Festsung im Bilde gewesen sein solle, "dessen Inneres zu Fuss durchlaufen und überflogen werden kann und in dem offenkundige Aktivitäten von maskierten SWAT-Einheiten mit Maschinenpistolen und spektakulären Waffen stattfanden, die nichts mit einer normalen Bewaffnung gemein hat." Der Richter weist die Verharmlosung seiner RichterkollegInnen über den Wert der Sachverständigengutachten über die Geschehnisse zurück. Den vorab dokumentierten ZeugInnenaussagen wurde überhaupt kein Wert zuerkannt, und auch nicht der Vorarbeit der guatemaltekischen Rechtsprechung. Die Staatsanwaltschaft und die NebenklägerInnen versuchten erfolglos, die Erklärung eines relevanten Zeugen aus Kanada zu erhalten, der Wissen aus erster Hand über das Geschehen hatte, was die RichterInnen jedoch verhinderten. Dieses Verhalten seiner KollegInnen nannte de Prado "Verharmlosung und Vermischung" von Indizien und argumentierte, dass diese Morde "in illegaler und illegitimer Art und Weise" durch Schüssen verübt wurden, die "von unmittelbaren MitarbeiterInnen des Innenministers Carlos Vielmann abgefeuert wurden". Der Minister kommandierte, billigte und duldete seine von ihm aufgebaute Parallelstruktur", ohne in irgendeine Art und Weise deren Auflösung zu betreiben, was einen klaren Akt der sozialen Säuberung gleichkommt."

Das Einzelvotum hält es für überraschend, dass das Urteil keinerlei Bezug auf die Mandate der intervenierenden Polizeieinheiten nahm und dass diese Auseinandersetzungen von Insassen mit der Polizei vorgetäuscht haben, "die es gar nicht gab und so jegliche Tatumstände und Tatorte verfälschten, um die Wahrheit zu vertuschen." Die Leichen der Getöteten wurden an verschiedene Orten gebracht, sagte De Prada, "um so jeweils einen Tatort pro Ermordeten zu schaffen" und mit dem Ziel, die Verbrechen zu verschleiern.

Am Mittwoch haben AktivistInnen der Vereinigung der guatemaltekischen Frauen in Spanien ihre Kritik an dem Freispruch geäußert: "Heute muss die internationale Gemeinschaft dem spanischen Gericht für seine Fortführung der Straffreiheit für die schweren Delikte der sozialen Säuberung in Guatemala danken", sagte Mercedes Hernández, Vorsitzende der Vereinigung, die den Prozess regelmässig verfolgt hatte. (Cerigua)

Biopsia / März 2017 von Diana Vasquez:

Staatlicher Femizid

Am Internationalen Frauentag sperrte der guatemaltekische Staat 60 Mädchen des Kinderpflegeheims "Jungfrau der Auferstehung" ein und verbrannte 39 von ihnen am lebendigen Leib. Diese Pflegeeinrichtung ist direkt der Exekutive, d.h. dem Präsidialsekretariat für soziale Wohlfahrt unterstellt. Bisher wurden 43 Opfer in dieser Tragödie beklagt.

Am 7. März 2017 wurde der Präsident Morales informiert, dass die Kinder und Jugendlichen des Pflegeheims revoltierten, als ob es sich um ein Gefängnis handelte. Es war nicht das erste Mal. Morales ordnete an, die Kinder, die aus dem Heim geflüchtet waren, wieder einzufangen und dann alle einzusperren. Die Verantwortlichen teilten sie in zwei Gruppen auf, Jungen und Mädchen. Es wurde nur eine Mädchengruppe verbrannt.

Seit 2014 wurden Anzeigen gegen MitarbeiterInnen, AufseherInnen und Verantwortliche eingereicht, da sie die Rechte der Minderjährigen im Heim verletzen. Es wurde auf unterschiedlichste Art gequält, sexuelle Gewalt ausgeübt, auch gegen Jungen und Mädchen mit Behinderungen. Das Urteil eines Gerichts, das Heim zu schliessen, wurde angefochten,

da man nicht zugeben konnte, dass in dieser Anstalt derartiges geschah. Tage nach dem Brand kam heraus, dass der Staat keine aktuellen Aufzeichnungen über die Kinder, die in dem Heim beherbergt sind, besitzt, und auch nicht über das dort beschäftigte Personal. Viele der Familienangehörigen sind nicht über den Verbleib ihrer Kinder benachrichtigt worden. Die Staatsanwaltschaft und das Nationale Institut für forensische Wissenschaften (Inacif) sind mit der Beweisaufnahme und der Informationsbeschaffung noch nicht fertig, aber mit dem Voranschreiten der Ermittlungen wird immer deutlicher, dass es sich um ein Staatsverbrechen handelt, ein staatlicher Femizid. Es ist gut möglich, dass Beweise vom Ort des Verbrechens in den ersten sechs Stunden nach der Tragödie verschwanden.

Die Versionen des Präsidenten Morales und der Verantwortlichen stimmen nicht mit dem überein, was man vor Ort vorgefunden hat. Die ersten Erklärungen der Regierung machten die Mädchen dafür verantwortlich, denn sie sollen das Feuer gelegt haben, während sie eingeschlossen waren. Der Direktor vom Inacif, Nery Cabrera, erklärte im Kongress, dass die Mädchen ihre Schlafanzüge an hatten, wahrscheinlich schliefen und dass man nach Resten von Beruhigungsmitteln, Drogen und anderen toxischen Substanzen suche, und auch, ob sie mit Brandbeschleunigern besprüht wurden. Die Leichname, die man übereinander gestapelt hatte, waren zu 75 % bis 90 % verbrannt.

Am Morgen des 8. März, als das Feuer ausbrach, hielt die Polizei mit Gewalt ihre GefährtInnen zurück, die ihnen zu Hilfe eilen wollten. Sie erlaubten auch nicht, dass die Feuerwehr das Gelände betrat. Eine der ZeugInnen versicherte, dass die PolizeibeamtInnen die Situation ausgenutzt hatten und die Mädchen berührt und vergewaltigt haben. Nicht abzuweisenden Gerüchten zufolge fungierte dieser „sichere Ort“ als ein Netzwerk für Personenhandel und sexuelle Versklavung. NachbarInnen des Ortes haben bestätigt, dass alle wussten, dass man dort Sex mit Minderjährigen kaufen konnte. Es wird auch gesagt, dass man die Mädchen dazu zwang, abzutreiben, wenn sie nach einer Vergewaltigung schwanger wurden oder sie stahlen die dort geborenen Babys. Es ist vox populi, dass die staatlichen Heime tiefe Höllenschlunde sind.

Carlos Antonio Rodas Mejía, Ex-Sekretär der sozialen Wohlfahrt, Anahy Keller Zabala, Ex-Untersektretär für Schutz und Aufnahme von Kindern und Jugendlichen, und Santos Torres Ramírez, Ex-Direktor des Pflegeheims Jungfrau der Auferstehung wurden wegen Mord, Pflichtverletzungen und Misshandlung von Minderjährigen festgenommen.

Man muss nun die Untersuchung der Register, Namen und Konditionen der anderen staatlichen Pflegeheime einfordern. Man muss Gerechtigkeit für die Mädchen fordern und dass die Ermittlungsverfahren nicht behindert werden. Der Präsident sagte, dass die Tragödie die Schuld aller Guatemaltekinnen sei. Damit versuchte er, niemanden zu beschuldigen. Aber man sollte sich daran erinnern, dass es auch Korruption und ein Verbrechen ist, wenn man VerbrecherInnen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit deckt. Die Körper zu verbrennen, klingt ganz danach Beweise zu vernichten und der guatemalteckische Staat ist, wie wir wissen, ein Experte darin.

Berichtigung

Im letzten Heft berichteten wir, dass einige Militärangehörigen im Fall des Verschwindenlassens und der Vergewaltigung von Mitgliedern der Familie Theisen verurteilt worden seien. Das ist nicht richtig, wie uns ein aufmerksamer Leser mitgeteilt hat. Die RichterInnen hatten eine Anklage zugelassen, sodass nun ein Prozess gegen die Beschuldigten stattfinden wird. Bleibt zu hoffen, dass auch dann wieder eine euphorische Reaktion von Amnesty folgen wird.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6